

Politische Kultur und Politische Reform in der VR China

Tagung des Ostkollegs der Bundeszentrale für Politische Bildung, Köln,
5.-8.Juni 1990

Seit Mitte der 70er Jahre beschäftigt sich das Ostkolleg in seinen Seminaren für Multiplikatoren aus Bildung und Wissenschaft regelmäßig mit der VR China. Zu den Referenten gehören die Vertreter der sinologischen und politikwissenschaftlichen Chinaforschung, Mitarbeiter des Instituts für Asienkunde, des BLOST sowie "Praktiker" aus Politik, Wirtschaft und Entwicklungspolitik. Die historische Dimension der Ereignisse im Mai/Juni 1989 löste bei zahlreichen China-Experten Diskussionen über die ungelösten Grundprobleme der chinesischen Modernisierung aus; gleichzeitig bildeten sich unter den chinesischen Wissenschaftlern und Studenten in der Bundesrepublik unabhängige Gruppen, die nach dem 4.Juni 1989 über die Rolle der chinesischen Intellektuellen, ihr Verhältnis zur eigenen Tradition, zum Marxismus und zur westlichen Form der Demokratie zu debattieren begannen. Diese innerchinesische Debatte im Ausland gewinnt an Bedeutung, hat doch die KP Chinas nach dem 4.Juni 1989 den nunmehr vierten Feldzug seit 1949 gegen die unabhängig denkenden Intellektuellen eingeleitet und ihr Definitionsmonopol für alle Aspekte der chinesischen Vergangenheit und Zukunft noch einmal militärisch behauptet.

Chinesischen Intellektuellen und deutschen China-Wissenschaftlern ein gemeinsames Gesprächsforum zu bieten, war daher ein Hauptanliegen der Veranstaltung im Ostkolleg. Die überraschend große "Nachfrage" (über 80 Anmeldungen, von denen nur 40 berücksichtigt werden konnten) zeigt, wie stark der Diskussionbedarf noch bzw. wieder ist. Nach Abschluß der dreitägigen Debatten ließ sich als vielleicht wichtigstes Ergebnis konstatieren, daß in der Bundesrepublik zahlreiche chinesische Studenten und Wissenschaftler interessiert und in der Lage sind, sich auf wissenschaftlich hohem Niveau mit deutschen China-Experten auszutauschen - ein Befund, der so noch vor zehn Jahren keinesfalls hätte getroffen werden können. Die "Internationalisierung" der China-Debatte kann auf diese Weise vielleicht vorangebracht werden.

Die Tagung beschäftigte sich mit vier großen Themen:

1. Modern werden und "chinesisch" bleiben
(Michael Lackner, Helmut Martin)
2. Kulturelle und politische Traditionen als Hemmnis der Modernisierung?
(Carsten Herrmann-Pillath, Rüdiger Machetzki)
3. Sinologische und politikwissenschaftliche Interpretationen der Frühjahrs-
krise von 1989
(Rudolph G. Wagner, Eberhard Sandschneider, Jürgen Domes)
4. Die aktuelle Situation in China und die Aufgaben der deutschen China-
wissenschaft
(Jürgen Henze, Helmut Martin, Jürgen Domes)

Eine abendliche Debatte über die Perspektiven und Probleme der Demokratie-
bewegung im Exil ergänzte das dichtgedrängte Programm.

Die komplexen und theoretisch anspruchsvollen Ausführungen der Referen-
ten und die lebendigen, oft auch kontroversen Diskussionen hier nachzuzeichnen,
ist unmöglich. Dennoch sei ein Versuch gemacht, die wichtigsten Argumenta-
tionsstränge zusammenzufassen:

Michael Lackner, Hannover, ging in seinem Einführungsvortrag auf die enormen Vermittlungsprobleme ein, die einer produktiven Verarbeitung der europäischen intellektuellen Tradition in China entgegenstanden haben. Seit dem 19. Jahrhundert dominierte, so Lackner, eine "hypnotische Fixierung auf die Modernisierung" des Geisteslebens in China; bis heute werde Modernisierung als steuerbarer Prozeß begriffen und der Westen werde in einer Art "Speisekartenmentalität" als große Vorratskammer von Ideen, Methoden und Tendenzen betrachtet, in der man nur die dem empfindlichen chinesischen Organismus zuträglichen auswählen brauche, um der "Verwestlichung" zu entgehen. 1949 schließlich stellte die KP nicht nur den zentralistischen Einheitsstaat wieder her, sondern übernahm mit dem Marxismus auch einen monopolistischen "schriftlich fixierten Kanon". Die kulturelle und geistige Sterilität des heutigen China sei daher mit den politischen Produktionsbedingungen der Intellektuellen zu erklären, deren "patriotisch" bedingte Fixierung auf den Einheitsstaat und einen einheitlichen Diskurskanon sich erst jetzt langsam auflöse.

Helmut Martin schilderte in seinem Vortrag zum Thema "Neue Avantgarde? Chinesische Intellektuelle in der Emigration" die selbstkritischen Reflexionen chinesischer Wissenschaftler über ihr Verhältnis zur KP, zum Staat und zur chinesischen Tradition, eine Debatte, die schon vor dem 4. Juni geführt wurde, aber danach erheblich an Schärfe gewonnen hat.

Carsten Herrmann-Pillath ging in seinem Referat der theoretisch komplexen Fragestellung "Kultur und Wirtschaftsordnung" nach, wobei er sich grundsätzlich gegen einen von ihm als "Theorieimperialismus" bezeichneten Ansatz neoklassischer Ökonomen wandte, die inzwischen (fast) alle Phänomene auf der Welt mit dem Gegensatz von Plan- und Marktwirtschaft erklären würden. Herrmann-Pillath stellte anschließend eigene Hypothesen zu kulturellen Spezifika der chinesischen Wirtschaftsordnung vor, so eine bisher beobachtbare kulturelle Präferenz für ein einheitliches Machtzentrum, in diesem Zusammenhang Angst vor Machtkonkurrenz, die mit Chaos gleichgesetzt werde, sowie Defizite beim Aufbau komplexer Organisationen resp. eine Tendenz zu autoritärem Paternalismus in der Unternehmensführung. Die anschließende kontroverse Diskussion zeigte, wie wichtig die "Fragerichtung" Herrmann-Pillaths auch in Zukunft sein wird.

Rüdiger Machetzki wandte sich in seinem Vortrag über das "Verhältnis von Tradition und Politik" vehement gegen die im letzten Jahr in China von kritischen Intellektuellen verbreitete These, daß "die chinesische traditionelle Ordnung die Ursache für die Fehlentwicklungen der letzten 40 Jahre sei". In einem ausführlichen Überblick über die materiellen und geistigen Leistungen in der Ming- und der Qing-Dynastie wies Machetzki auf bisher noch zu wenig beachtete Elemente in der chinesischen Tradition hin, die mit den Begriffen "Willkürarmut", "Säkularisierung" und "Autonomisierung" umschrieben werden können. Ob diese Elemente für eine Reform Chinas "reaktiviert werden können, mußte natürlich offen bleiben, wichtig sei vor allem, sich von dem Mythos der "chinesischen Stagnation" zu lösen.

Am folgenden Tag waren Prof. Wagner (Heidelberg) und Prof. Domes (Saarbrücken) eingeladen, das Thema "Zur Frühjahrskrise von 1989 - Interpretation und Perspektiven" aus sinologischer Sicht zu behandeln. Wagner stellte die These auf, daß die Studenten und die Parteizentrale, angesichts des Totalausfalls staatlicher, krisenbewältigender Institutionen, gezwungen waren, ihre Rollen

durch die "Besetzung von Ebenen der symbolischen Kommunikation" zu definieren: so seien die Studenten zeitweilig im historischen Kostüm der "reinen Beamten" (*qing guan*) aufgetreten, während sich die Partei zunächst als Mutter (im Mai), dann aber als Vater (im Juni) metaphorisch definierte. Gemeinsam sei beiden Akteuren die Unfähigkeit, angemessene Begriffe für die realen Probleme des Landes zu finden. Im Gegenzug wandte sich Domes prinzipiell gegen die Analyse politischer Prozesse durch kulturwissenschaftliche Disziplinen wie die Sinologie, die als philologisches Fach ebensowenig zur Interpretation politischer Vorgänge in China beitragen könne, wie die Germanistik zur Diskussion über deutsche Innenpolitik. Die Vorgänge in China seien ohne die Deutungsfaktoren "Marxismus-Leninismus" und "Systemzerfall" nicht richtig oder nur unzureichend zu erfassen: allzuhäufig sei übersehen worden, daß die Führer der KP Chinas auch in der Reformphase Marxisten-Leninisten geblieben seien, die konsequent und systemimmanent im Juni 1989 auf die Bedrohung ihrer Herrschaft reagiert hätten. Mit Hilfe einer auf der Systemtheorie Talcott Parsons basierenden struktural-funktionalistischen Analyse stellte Domes anschließend die langsame Dysfunktionalisierung des Systems dar, das bei Nichtanpassung an die Umwelt nur noch zu steigenden Kosten zu erhalten sei. Die anschließende Debatte gab beiden Seiten Gelegenheit, ihre Argumente zu vertiefen; immerhin wurde deutlich, daß innerhalb der deutschen China-Wissenschaft die Zeit der *ideologisch* dominierten Auseinandersetzungen vorbei ist.

Die Tagung schloß mit einer kurzen Einschätzung der aktuellen Situation in China durch Prof. Martin, Prof. Domes und Jürgen Henze: allgemein herrschte Übereinstimmung, daß die "Abkoppelung der Bevölkerung vom politischen System weiter voranschreitet, ohne daß massiver Widerstand organisiert werde" (Domes). Die Kooperation mit den reformorientierten Kräften in China müsse fortgesetzt werden; gleichzeitig müsse den chinesischen Studenten und Wissenschaftlern in der Bundesrepublik mehr als bisher die fachliche und die politische Unterstützung der deutschen China-Wissenschaft (bei Asylanträgen und Aufenthaltsgenehmigungen) zuteil werden. Eine zentrale Informationsstelle zur Koordinierung von politischen und wissenschaftlichen Aktivitäten und Projekten sei dringend erforderlich, um die Kooperation zwischen deutschen und chinesischen Wissenschaftlern in der Bundesrepublik zu verbessern.

Christoph Müller-Hofstede

Ankündigungen

8. Deutschsprachiger Japanologentag und Symposion über japanische Biographien

Der 8. deutschsprachige Japanologentag findet vom 20.-28. September 1990 in Wien statt; neben einigen Plenumsveranstaltungen zur japanischen Gegenwartsprache und der Japanologie sind parallele Panels zu den Themen Wirtschaft, Literatur und Kunst, Kulturgeschichte, Sprache, Geschichte, Recht und Politik, Theater, Geschichte, Massenmedien, Geistesgeschichte und Außenbeziehungen